

Revolution 89 – Zusatzinformationen für Lehrer

1. Seit der Gründung der DDR versucht die SED, ihrem Staat mit Schein-Wahlen einen demokratischen Anstrich zu geben. Wie bereits bei den Wahlen 1950 formiert sich auch anlässlich der Kommunalwahl am 7. Mai 1989 Protest.

a) Als Nein-Stimmen werden nur solche Wahlzettel gewertet, auf denen alle Namen der Kandidaten einzeln durchgestrichen sind. Wenn jemand mit einem großen Kreuz alle Namen durchstreicht, wird dies als Ja-Stimme oder als ungültige Stimme gewertet, nicht jedoch als Nein-Stimme. Genaue Regelungen existieren nicht. Gleiches gilt für Stimmzettel bei denen nur einige einzelne Namen durchgestrichen sind. Wer regulär mit ja stimmen möchte, muss den Wahlzettel einfach nur zusammenfolden und in die Wahlurne stecken. Dies erklärt, warum es nach offiziellen Angaben immer eine Zustimmung von um die 99 Prozent gibt.

b) Verschiedene Oppositionsgruppen überwachen und dokumentieren die Auszählung der Stimmen und das Ergebnis. Offiziell wird angegeben, dass 98,85 Prozent für die Kandidaten der Einheitsliste gestimmt hätten. Dies können die Oppositionsgruppen nicht bestätigen. Die Mitglieder des Weißenseer Friedenskreises, zu denen auch Evelyn Zupke gehört, schreiben daraufhin alle Kandidaten des Ost-Berliner Bezirks Weißensee an, und machen ihnen gegenüber klar, dass es sich um Wahlbetrug handelt. Zwar werden sie daraufhin zu Gesprächen eingeladen, dort eröffnet man ihnen jedoch, dass es keinen Grund gibt, am offiziellen Wahlergebnis zu zweifeln. Die Oppositionsgruppen sollen ihre Proteste einstellen. In der Folgezeit organisieren die Oppositionsgruppen immer zum 7. eines Monats Demonstrationen gegen die Wahlfälschung, die auf dem Berliner Alexanderplatz stattfinden. Am 7. Juli verhindern gut 1.000 treue Genossen, die auf dem Platz verteilt sind, das Zustandekommen einer Demonstration von knapp 30 Leuten. Potenzielle Demonstranten werden schon in den Nebenstraßen abgefangen und teilweise verhaftet. Der brutale Einsatz der Sicherheitskräfte führt dazu, dass sich unbeteiligte Bürger plötzlich mit den Demonstrierenden solidarisieren. Bei den folgenden Demonstrationsversuchen geht die Stasi nicht ganz so offensiv gegen die Oppositionellen vor. Am 7. September 1989 bemüht sich die Staatssicherheit, eine Demonstration von kaum 30 Oppositionellen auf dem Alexanderplatz zu verhindern, ohne dabei großes Aufsehen zu erregen. Auch dieses Mal gehen die Sicherheitsorgane mit größter Brutalität vor. Dem Personal in den angrenzenden Cafés erzählt man vorher, dass man einen Film drehen würde.

(Zeitraumen ca. 20 min)

2. Die starre, unnachgiebige Haltung der SED-Führung zeigt sich im Juni 1989 erneut, als das Vorgehen der chinesischen Behörden gegen die Demokratiebewegung, bekannt geworden als „Chinesische Lösung“, von der SED, der FDJ und auch von der Volkskammer begrüßt wird.

a) Seit Wochen demonstrieren auf dem Platz des Himmlischen Friedens in der chinesischen Hauptstadt Peking tausende Studenten für Demokratie und Menschenrechte. Diese Proteste werden von den chinesischen Machthabern in der Nacht vom 3. auf den 4. Juni 1989 unter Einsatz von Panzern und Soldaten blutig niedergeschlagen. Mehrere hundert Menschen, einige Quellen sprechen sogar von tausenden, kommen dabei ums Leben. Dieses brutale Vorgehen gegen Oppositionelle in China wird als „chinesische Lösung“ bezeichnet.

b) Indem die DDR-Führung dieses Vorgehen der chinesischen Behörden rechtfertigt, kommen Befürchtungen auf, dass auch die Sicherheitsorgane in der DDR in ähnlich brutaler Weise gegen die Oppositionellen im eigenen Land vorgehen wollen. Als im September und Oktober 1989 in Dresden, Leipzig und Berlin schwer bewaffnete Polizisten teilweise mit Wasserwerfern und Räumfahrzeugen gegen die friedlichen Demonstranten vorgehen, befürchten Viele eine Eskalation wie auf dem Platz des Himmlischen Friedens. Nicht umsonst ist „Keine Gewalt!“ eine der häufigsten Parolen auf den Demonstrationen dieser Zeit.

c) Unmittelbar nach bekannt werden des Massakers werden in vielen Städten und von vielen Menschen Protestschreiben an die Chinesische Staatsführung entworfen und dazu Unterschriften gesammelt. Am 6. Juni 1989 versammeln sich erstmals knapp 30 Menschen vor der Chinesischen Botschaft in Berlin-Pankow, um ihre Solidarität mit den chinesischen Studenten zu zeigen. Sie werden verhaftet, verhört und mit Ordnungsstrafen belegt.

Am 22. Juni 1989, kurz nachdem in Peking die ersten "Konterrevolutionäre", die im Zusammenhang mit den Ereignissen vom Platz des Himmlischen Friedens zum Tode verurteilt und hingerichtet werden, wird ein erneuter Demonstrationenzug zur Chinesischen Botschaft organisiert. In den Räumen der Superintendentur Pankow treffen sich etwa 50 vor allem junge Leute, die einen offenen Protestbrief an die Chinesische Parteiführung und die SED-Führung verfassen und diesen dem Botschafter überreichen wollen. Doch die Gruppe gelangt nicht einmal in die Nähe der Botschaft. Das Gelände ist weiträumig von Volkspolizei und Stasi abgesperrt, alle Demonstranten werden festgenommen, stundenlang verhört und teilweise misshandelt.

In Berlin finden noch im Juni mehrere Trommelaktionen in den Räumen der Kirche von Unten, in der Samariterkirche und in der Erlöserkirche statt, die von jungen Menschen organisiert werden. Mit Trommeln und Gebeten wird gegen das in China begangene Unrecht protestiert.

(Zeitraumen ca. 30 min)

3. Jährlich veranstaltet die SED am 15. Januar Demonstrationen zu Ehren von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. 1988 wollen auch Oppositionelle an dieser Gedenkfeier teilnehmen oder organisieren eigene Liebknecht-Luxemburg-Demonstrationen.

a) Rosa Luxemburg (1871-1919) und Karl Liebknecht (1871-1919) gehören zu den Mitbegründern der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), die sich von der USPD abspalten, zunächst den Spartakusbund und den 1918 die KPD gründen. Karl Liebknecht ruft am 9. November vom Berliner Stadtschloss aus die freie sozialistische Räterepublik aus. Kurz zuvor ruft bereits Philipp Scheidemann von der SPD die deutsche Republik aus. Die Kommunisten um Luxemburg und Liebknecht können sich mit ihren Positionen gegenüber der SPD nicht durchsetzen. Anfang Januar 1919 beginnt der Spartakusaufstand, der von kommunistischen Arbeiter- und Soldatenräten getragen wird. Die neue Republik schlägt unter Einsatz des Militärs diesen Aufstand nieder. In der Nacht vom 14. auf den 15. Januar 1919 werden Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht als Anführer dieser Erhebung von

Soldaten der Reichswehr gefangen genommen und kurze Zeit später ermordet.

Die SED sieht sich ideologisch in der Tradition von Liebknecht und Luxemburg. Die Gründung der DDR wird als die Vollendung dessen angesehen, wofür beide in der Weimarer Republik eingetreten sind. Beide werden als Arbeiterführer verehrt.

b) Die „Demokratische Initiative“ ruft zu einer Gedenkkundgebung auf, bei der für die Einhaltung der Menschenrechte und für Demokratie in der DDR demonstriert werden soll. Beide Arbeiterführer, so die Organisatoren, seien für die allumfassenden politischen und ökonomischen Interessen der Arbeiterklasse eingetreten. Dazu gehöre neben den wirtschaftlichen und sozialen Rechten auch ein ungehindertes Vereins- und Versammlungsleben, ein freies Pressewesen, allgemeine Wahlen und freie Meinungsäußerung.

Mit dem Luxemburg-Zitat von der Freiheit der Andersdenkenden fordern die Oppositionellen in der DDR auch für sich diese Freiheit ein. Der SED wird vorgeworfen, dass sie zwar Luxemburg und Liebknecht ehren, aber Teile ihrer politischen Vorstellungen verschweigen. Rosa Luxemburg mahnt schon früh vor einer sozialistischen Diktatur, wie sie sich seit 1917 in Russland entwickelt. Da die DDR ein Staat nach sowjetischem Vorbild ist, bleiben diese Aussagen Luxemburgs gerne unerwähnt. Die Verfasser des Flugblattes verwenden ein weiteres Zitat von Rosa Luxemburg. „Sozialistische Demokratie beginnt aber nicht erst im gelebten Land, wenn der Unterbau der sozialistischen Wirtschaft geschaffen ist.“ Damit machen sie darauf aufmerksam, dass Meinungsfreiheit und andere Grundrechte im Sozialismus nicht erst dann eingeführt werden sollen, wenn der Umbau der sozialistischen Wirtschaft abgeschlossen ist. Vielmehr sind die Einhaltung von Menschen- und Grundrechten ebenso Voraussetzung für den Aufbau des Sozialismus wie der Umbau des Wirtschaftssystems.

c) Uwe Schwab und Rainer Müller werden im Zusammenhang mit dem Aufruf zur oppositionellen Gedenkdemonstration für Luxemburg und Liebknecht verhaftet. Sie haben große Ungewissheit über ihr eigenes Schicksal im Gefängnis, wo man ihnen fünf Jahre Haft androht. Außerdem wissen sie nicht, was draußen passiert und ob die Demonstration tatsächlich stattfinden wird. Sie hoffen natürlich, dass Menschen in Leipzig den Mut haben werden, zu dieser Veranstaltung zu gehen. Über 500 Menschen nehmen tatsächlich an dem Marsch teil, der von den DDR-Behörden gewaltsam aufgelöst wird. Die Demonstranten erklären sich mit den Inhaftierten solidarisch. Sogar im „Neuen Deutschland“ wird darüber berichtet. Als auch aus dem Ausland gegen die Verhaftungen protestiert wird, werden die Gefangen wieder frei gelassen.

(Zeitraumen ca. 45 min)

4. Für den 10. Juni 1989 planen verschiedene Leipziger Oppositionsgruppen ein Straßenfest in der Leipziger Innenstadt. Es wird jedoch im Vorfeld von den Behörden verboten. Trotzdem findet diese Veranstaltung vor einer großen Zahl von Zuschauern und Touristen statt (Revolution 89 > Oppositionszentrum Leipzig).

a) Trotz des Verbots kommen zahlreiche junge Künstler in die Stadt. Sie musizieren, singen, führen kleine Theaterstücke auf. Was zunächst friedlich beginnt, endet im Fiasko. Polizisten und Stasi-Mitarbeiter jagen die Musiker und Künstler durch die Innenstadt. Sie werden eingekesselt und verhaftet. Die Veranstaltung hat tatsächlich keine politischen Ziele. Zahlreiche Musik- und Theatergruppen wollen einfach mehr Leben in die Stadt bringen und die Menschen unterhalten.

b) Viele Bürger, die zum Einkaufen in die Innenstadt gekommen sind, genießen die entspannte, kurzweilige Atmosphäre. Es wird getanzt, gespielt und gelacht. Als die Aufführungen jedoch immer politischer werden, schreiten die Sicherheitskräfte ein. Fassungslos reagieren unbeteiligte Bürger auf die Szenen, die sich in der Leipziger Innenstadt abspielen. Viele Touristen, die in der Stadt sind, können nicht glauben, was sie sehen, dass friedliche Musiker verhaftet werden. Teilweise solidarisieren sie sich mit den Künstlern und lassen sich freiwillig verhaften oder protestieren spontan gegen die Verhaftungen. Für manche Bürger geben diese Erfahrungen den Ausschlag, selbst gegen die SED-Diktatur aktiv zu werden. Für andere ist ein Schlusspunkt erreicht. Sie sehen für sich keine Zukunft mehr in diesem Land und stellen einen Ausreiseantrag.

(Zeitraumen ca. 30 min)

5. Ende der 1980er Jahre spitzt sich die Ausreiseproblematik dramatisch zu. Über 100.000 Menschen haben vor, die DDR Richtung Westen zu verlassen und warten auf die Genehmigung ihrer Ausreiseanträge.

a) Ein wichtiger Grund für die große Zahl der Ausreiseanträge ist die fehlende Reisefreiheit für DDR-Bürger. Während ihre westdeutschen Altersgefährten in den Sommerferien nach Italien oder Portugal fahren, als Au Pair nach Frankreich gehen oder zum Schüleraustausch in die USA fliegen, stehen den Jugendlichen in der DDR in den 1970er und 1980er Jahren nur wenige Alternativen für einen Aufenthalt außerhalb ihres Heimatlandes zur Verfügung. Relativ problemlos sind Reisen nach Ungarn, die CSSR, Bulgarien oder Rumänien. Für die Einreise nach Polen braucht man ein schwer zu bekommendes Visum. Reisen in die Sowjetunion sind nur Wenigen vorenthalten. Einen Urlaub im so genannten kapitalistischen Ausland ist gerade für jüngere Menschen und Berufstätige so gut wie nicht möglich. Angesichts dieser Perspektivlosigkeit ist es nicht verwunderlich, dass sich vor allem junge Menschen entschließen, diesem Land für immer den Rücken zu kehren – auf legalem oder illegalem Weg.

b) Der prinzipielle Unterschied zwischen den Ausreisewilligen und den Oppositionellen besteht darin, dass die einen die DDR verlassen wollen, weil sie in diesem Land keine Zukunft mehr sehen. Die anderen entscheiden sich bewusst für das Verbleiben in der DDR, um für eine neue Gesellschaft und eine neue Politik einzutreten. Die Umweltblätter vertreten in ihrem Kommentar eine Position, die eine Zusammenarbeit zwischen Ausreisewilligen und Oppositionellen ablehnt. Statt das Land zu verlassen, sollte es vielmehr darum gehen, aus einem erträglichen Leben in der DDR ein besseres Leben zu machen. In dem Kommentar wird darauf hingewiesen, dass der wirtschaftliche und soziale Lebensstandard in der DDR es nicht rechtfertigen würde, das Land zu verlassen. Auch gäbe es Diktaturen, in denen die Repressalien gegen Andersdenkende weitaus schlimmer seien als in der DDR. Kritisiert werden auch die westlichen Medien, die die Ausreisewelle als Sensation feiern würden. Auch die Stilisierung der Bundesrepublik zum wirtschaftlichen Schlaraffenland durch die Ausreisewilligen wird abgelehnt. Der Kommentar der Umweltblätter verweist auch darauf, dass sich die bisherige Zusammenarbeit zwischen beiden Gruppen als kritisch und schwierig erwiesen habe. In manchen Fällen hätten Ausreisewillige die Oppositionsgruppen lediglich dazu benutzt, ihr Ausreiseziel umzusetzen. Dabei seien sie auch nicht davor zurückgeschreckt, Oppositionelle bei den DDR-Behörden zu verraten. Ein weiterer Grund, sich nicht mit den Ausreisewilligen zu solidarisieren, ist deren zahlenmäßige Überlegenheit. Es gibt die Befürchtung, dass die Oppositionsgruppen dadurch von anderen Gruppen majorisiert werden könnten, die andere Ziele verfolgen. Ein kleiner Teil der Oppositionellen vertritt entgegen der Position der Umweltblätter die Meinung, dass die Ausreisewilligen

Reisefreiheit beanspruchen. Da dies als ein Menschenrecht gelten kann, hätten sie die Unterstützung der Oppositionsgruppen verdient.

Während einige Oppositionelle in der DDR an die Zukunft und die Reformierbarkeit der DDR glauben und für diese Ziele auch nach langfristigen Konzepten und Lösungen suchen, geht es bei den Ausreisewilligen um die Verbesserung der eigenen, meist wirtschaftlichen Lage. Zwar reisen auch Oppositionelle aus der DDR aus. Diese werden aber von den DDR-Behörden zum Verlassen des Landes gezwungen und wollen meist viel lieber bleiben, um sich für eine langfristige Veränderung einzusetzen.

c) Folgende Argumente können von den Schülern gefunden werden:

Pro-Argumente (für Ausreise)

- Verbesserung der eigenen wirtschaftlichen Situation
- Schutz vor staatlichen Repressalien
- bessere Entfaltungsmöglichkeiten in der Bundesrepublik
- „Abstimmung mit den Füßen“ gegen die SED-Politik
- Unterstützung der DDR-Opposition aus dem Ausland heraus
- Befürchtung vor „chinesischer Lösung“
- Reformunfähigkeit der DDR (Glasnost und Perestroika wird durch Führung abgelehnt)
- gesundheitliche Schäden durch starke Umweltzerstörung (besonders in Industrieregionen wie Bitterfeld)
- Befürchtungen einer Verschlimmerung der wirtschaftlichen und sozialen Situation (Zahlungsunfähigkeit der DDR)

Contra-Argumente (gegen Ausreise)

- wirtschaftliche und soziale Situation entspricht auf niedrigem Niveau dem westlichen Standard (materielle Sicherheit)
- Arbeitsplatzgarantie (faktisches Recht auf Arbeit)
- gesellschaftliche und politische Reformen in der DDR aus der Gesellschaft heraus
- reformierte DDR als Gegenentwurf zur Bundesrepublik
- schwer möglich, Opposition aus dem Ausland heraus zu unterstützen
- Zurücklassen von Familie und Freunden
- Schwächung der Opposition in der DDR
- SED-Führung nutzt Ausreise als Ventil, um keine Reformen einleiten zu müssen

d) In einer Schulstunde kann die Pro- und Contra-Diskussion zweimal je 15 Minuten gespielt werden. Die verbleibenden 15 Minuten sollen dazu genutzt werden, die Diskussionsrunden im Plenum auszuwerten. Nach einer Diskussionsrunde kann in der Klasse abgestimmt werden, welche Argumente die Schüler überzeugender finden.

Wichtig ist es, darauf zu achten, dass die Kontrahenten nicht einfach ihre Argumente aneinander reihen, sondern in der Diskussion auch die Argumente der Gegenseite aufgreifen. Die einzelnen Stichpunkte sollten ausformuliert in ganzen Sätzen vorgetragen werden. In der Auswertung sollte thematisiert werden, ob alle möglichen Argumente vorgebracht worden sind. Falls nicht, lohnt es sich, nach Gründen zu suchen, warum dies nicht der Fall war. Auch sollte geschaut werden, ob rhetorische Fouls (z.B. ins Wort fallen, Argumente lächerlich machen) begangen wurden.

(Zeitrahmen ca. 60 min, für die Diskussion 45 min)

6. Im Oktober 1989 kommt es in der DDR zu immer mehr und auch zahlenmäßig größeren Demonstrationen. Besonders die Leipziger Montagsdemonstrationen werden zu einem Synonym für die friedliche Revolution in der DDR.

a) Seit 1981 werden in Leipzig Friedensgebete, seit 1982 immer montags, und andere Veranstaltungen der Opposition an verschiedenen Kirchen organisiert. Die zentrale Figur in der Gestaltung und Organisation der Friedensgebete ist Christoph Wonneberger. Der 1985 aus Dresden nach Leipzig gezogene Pfarrer initiiert bereits 1982 in Dresden die ersten Friedensgebete. Auch in Leipzig organisiert er gegen staatliche und innerkirchliche Widerstände Friedensgebete. Durch die stärkere politische Ausrichtung der Gruppen und die Teilnahme von Ausreisewilligen werden die Friedensgebete ab Mitte der 1980er Jahre zu politischen, systemkritischen Veranstaltungen, die auch über die Kirche hinaus Öffentlichkeit erlangen. Besonders nach der Aktion der Staatssicherheit gegen die Berliner Umweltbibliothek werden bei den Friedensgebeten verstärkt auch politische Forderungen laut. Dies führt zu Konflikten, weil es auch Gruppen gibt, die den Charakter der Veranstaltung als reine Friedensgebete erhalten wollen.

1989 werden die Friedensgebete und die anschließende Versammlung vor der Nikolaikirche zu einer der wichtigsten Aktivitäten der DDR-Opposition. Dass man sich immer montags am gleichen Ort trifft, ist ein Grund dafür, warum immer mehr Menschen sich an den Montagsdemonstrationen beteiligen. In vielen anderen Städten der DDR werden nach dem Vorbild der Leipziger Montagsdemonstrationen auch an Montagen Protestveranstaltungen organisiert.

b)

4. September: 600 Teilnehmer

11. September: hartes Eingreifen der Sicherheitsorgane; 89 Festnahmen

18. September: 2.000 Teilnehmer am Gottesdienst und 1.000 bei der Versammlung

25. September: 8.000 Teilnehmer; Demonstration auf der Ringstraße in der Leipziger Innenstadt

9. Oktober: 70.000 Teilnehmer; Sicherheitsorgane stehen zum Einsatz bereit; ziehen sich jedoch zurück und die Demonstration verläuft friedlich; Bevölkerung setzt sich gegen den Staat und seine Sicherheitsorgane durch

c) Am 9. Oktober setzt sich die Bevölkerung erstmals auch auf offener Straße gegenüber dem Staat durch, und Leipzig wird in den folgenden Wochen und Monaten in der DDR-Bevölkerung nur noch als Heldenstadt bezeichnet. Der Staat ist auf ein Eingreifen vorbereitet. In der Leipziger Innenstadt sind viele Sicherheitskräfte zusammengezogen. Unter den Oppositionellen gibt es Gerüchte, dass der Staat die Demonstrationen niederschlagen will. Sowohl die Gefängnisse als auch die Krankenhäuser sind auf gewalttätige Auseinandersetzungen und Verhaftungen vorbereitet. Die DDR-Führung rechnet aber nicht mit 70.000 Demonstranten. Dieser Zahl hat der Staat nichts entgegenzusetzen. Die Sicherheitsorgane ziehen sich zurück.

(Zeitraumen ca. 30 min)

7. Auch in Berlin gehen die Oppositionsgruppen nun verstärkt auf die Straße. Das Besondere ist dort, dass gleichzeitig auch die DDR-Führung anlässlich des 40. Jahrestages der DDR-Gründung ihre Macht demonstrieren will.

a) Junge Berliner Oppositionelle suchen ein geeignetes Podium, um ihre Solidarität mit den politischen Gefangenen aus Leipzig und anderen Orten zu zeigen. Schließlich stellt Pfarrer Werner Widrat die Gethsemanekirche in Berlin-Prenzlauer Berg zur Verfügung. Am 2. Oktober 1989 beginnen hier ein gutes Dutzend Aktivisten des Weißenseer Friedenskreises, der Umwelt-Bibliothek Berlin und der Kirche von Unten mit einer Mahnwache rund um die Uhr. Über den Kircheneingang hängen sie gut sichtbar ein Stofftransparent mit der Forderung „Freiheit für die politisch Inhaftierten“, die wenig später wegen eines Kompromisses zwischen Kirche und Staat durch die Losung „Wachet und betet. Mahnwache für die zu Unrecht Inhaftierten“ ersetzt wird.

Schnell entwickelt sich die Kirche zu einem Kommunikationszentrum, zu einer „Nachrichtenagentur der Opposition. Hier werden alle Informationen zusammengetragen: die Anzahl der Demonstranten, ihre Forderungen, die Zahl und oft die Namen der Festgenommenen. Hunderte Menschen kommen in den Tagen nach dem 7. Oktober in die Kirche, um etwas über den Verbleib ihrer verhafteten Angehörigen zu erfahren. Denn von staatlicher Seite ist nichts in Erfahrung zu bringen. Neben den Informationen zu den Repressalien gegen Demonstranten werden Nachrichten gesammelt über die Aktivitäten von Bürgerrechtlern, Erklärungen von Musikern und Künstlern, die Gründung von Bewegungen, Initiativen, Parteien und Gewerkschaften und von hier aus in der DDR verbreitet. Überall in der Kirche hängen Zettel mit Aufrufen und Listen mit Kontaktadressen. Die vielen ausländischen Journalisten finden bei der Gethsemanekirche einen Kontakt- und Nachrichtenpool vor, mit dem sie nicht rechnen, als sie zur Berichterstattung über die Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR anreisen.

b) Das Kontakttelefon in der Gethsemanekirche dient dazu, Informationen über die Aktivitäten der Opposition in der gesamten DDR zu sammeln. Man kann nun Berichte darüber erhalten, in welchen Städten Aktionen stattfanden und wie diese abliefen. Auch erfährt man, wie der Staat darauf reagiert. Die gewonnenen Informationen werden mündlich weitergegeben oder aber auch im „telegraph“ veröffentlicht. Er ist die Nachfolge-Zeitung der Umweltblätter mit einer höheren Auflage. Zudem erscheint er wesentlich öfters (mindestens einmal in der Woche). Dadurch versucht die Opposition das staatliche Informationsmonopol immer weiter zu unterlaufen.

c) Kurz vor dem 40. Jahrestag der DDR taucht in Berlin ein neuer Geldschein auf. Er hat den beidseitigen Aufdruck „40 Quark – 40 Jahre Ruhe Ordnung Sicherheit“. Auf der Vorderseite ist Stalin abgebildet und auf der Rückseite sieht man eine Betriebsanlage und abgestorbene Bäume. Ein humoristischer aber auch sehr deutlicher Protest gegen die Umweltzerstörung in der DDR und das diktatorische Gebaren der SED-Führung, die sich doch eigentlich nach 1956 vom Stalinismus und dem stalinistischen Terror losgesagt hat. Solche ironischen und verspottenden Aktionen nennt man Spaßguerilla.

(Zeitraumen ca. 30 min)

8. Im Herbst 1989 kommt es ausgehend von den Großstädten der DDR zu immer mehr Demonstrationen. Der Ruf nach Veränderungen hat bald das ganze Land erfasst.

„*Freie Wahlen unter UN-Aufsicht*“: Forderung nach freien Wahlen, die durch die UNO überwacht werden

„*Umbruch durch Aufbruch 89*“: Demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft in der DDR

„*Keine Privilegien für Funktionäre*“: Abschaffung der Sonderrechte und Vorteilen für die SED-Funktionäre

„*Neues Forum zulassen*“: Neues Forum als Partei zulassen (Antrag wurde abgelehnt)

„*Wir wollen Taten sehen, sonst sagen wir auf Wiedersehen*“: Drohung, die DDR zu verlassen, wenn es nicht zu Reformen kommt

„*Dialogbeginn, alle polizeilichen Strafbefehle und Ordnungsstrafen zurücknehmen*“: Forderung, dass die SED die Repressalien gegen die Oppositionellen zurücknehmen und mit ihnen den Dialog aufnehmen soll

„*Egon Krenz, mach Dir keinen Lenz. China, Wahl, Polizeieinsatz vergessen wir nicht*“: Ablehnung von Egon Krenz als neuen Staats- und Parteichef in der DDR, weil er die „chinesische Lösung“, den Wahlbetrug im Mai 1989 und Polizeiaktionen gegen Oppositionelle mit zu verantworten hat

„*Reformen an die Macht*“: Forderung nach Reformen in der DDR

„*Freie Wahlen statt gefälschte Zahlen*“: Forderung nach freien Wahlen und Kritik an den Kommunalwahlen im Mai 1989, bei denen das Ergebnis zugunsten der SED und ihren Blockparteien gefälscht wurde (auch alle vorherigen Wahlen entsprachen nicht demokratischen Standards)

„*Reformen statt Parteinormen*“: Forderung nach Reformen; Bezug genommen wird darauf, dass im wirtschaftlichen Bereich durch die SED Normen vorgegeben werden, die es zu erreichen gilt; Erhöhung der Arbeitsnormen war ein Auslöser für den Aufstand 1953

„*Einigkeit ein festes Band hält zusammen u. Land*“: Aufruf zur Einigkeit in der Bevölkerung der DDR; im weitesten Sinne Aufruf in der DDR zu bleiben

„*Sozialdemokratie lebt SDP*“: Hinweis auf die Wiedergründung einer sozialdemokratischen Partei in der DDR; 1946 wurde die SPD in der sowjetischen Besatzungszone mit der KPD zwangsvereinigt

„*Krenz mach Schluß mit den Mördern von Peking*“: Hinweis darauf, dass Egon Krenz die „chinesische Lösung“ gut heißt

„*Gorbi, Gorbi hilf uns*“: Befürwortung des Reformkurses von Michail Gorbatschow und Forderung, dass er einen Reformkurs in der DDR unterstützt

„*Wir fordern freie Wahlen, keine erneute Machtanballung*“: Forderung nach freien Wahlen ohne Einheitslisten und das Ende der Machtkonzentration bei der SED und ihren verbündeten Organisationen

„*Sinnvoller Zivildienst statt sinnloser Wehrdienst*“: Forderung nach Einführung eines regulären Zivildienstes

„*Stasi-Leute, Parteisekretäre, Diplomgesellschaftswissenschaftler. Reist doch bitte raus*“: Hinweis darauf, die Macht der Staatssicherheit und Parteisekretäre abzuschaffen; Diplomgesellschaftswissenschaftler ist eine Bezeichnung für viele staatliche Funktionäre mit einem Marxismus-Leninismus-Studium

„*Keine Kosmetik, sondern Chirurgie*“: Gefordert werden tiefgreifende Reformen und keine Schönheitsreparaturen

„*Neuen Zivildienst, warum nicht*“: Einführung eines echten Zivildienstes (keine Bausoldaten)

„*Egon, wer hat uns gefragt*“: Wahl von Egon Krenz als neues Staats- und Parteichef wird kritisiert, da dies im Politikbüro des ZK der SED (innerster Machtzirkel) festgelegt wird und

die Bevölkerung nicht gefragt wird

„China – Kommunalwahlen – Krenz?“. Ungewissheit, ob es mit Egon Krenz wirklich zu Reformen kommt; Er wird nicht als Hoffnungsträger gesehen, weil er „chinesische Lösung“ und den Wahlbetrug mitgetragen hat

„Die führende Rolle dem Volk“. Forderung nach Volkssouveränität; Abschaffung der Führungsrolle der SED, die in der Verfassung festgelegt ist

„Demokratie unbekrenzt“. Forderung nach Demokratie ohne Kompromisse und Anspielung auf den Nachnamen von Egon Krenz

„Schnitzlers Visage bringt alle in Rage“. Kritisiert wird der Fernsehkommentator Karl-Eduard von Schnitzler, der sich in seiner Sendung „Der schwarze Kanal“ einseitig und auf polemische Art mit der Politik in der Bundesrepublik auseinandersetzt

„Egon sei klug, 40 Jahre sind genug“. Forderung an Egon Krenz, dass 40 Jahre DDR genug seien

„Volkskammersitzung ab sofort live dabei“. Forderung nach öffentlichen Sitzungen der Volkskammer der DDR (Parlament)

„Ohne Gewalt für Demokratie und Freiheit“. Forderung nach gewaltlosen Aktivitäten und Maßnahmen; gilt für beide Seiten (Staat und Opposition)

„Zulassung der Opposition, Pluralismus statt Politbüro“. Forderung nach Zulassung neuer Parteien und politischem Pluralismus; Abschaffung der Herrschaft des Politbüros

„Wer gestern noch schrie, Stalin hurra, ist heute als neuer Reformier da“. Reformfähigkeit der neuen SED-Führung wird angezweifelt; kein glaubhafter Wandel von Stalinisten zu Reformern

(Zeitraumen ca. 45 min)

9. Die DDR-weite Zunahme von oppositionellen Aktivitäten wie Demonstrationen oder Mahnwachen führt dazu, dass Forderungen nach Parteigründungen und weiterer Vernetzung der Opposition aufkommen.

a) Am 9. und 10. September 1989 findet in Grünheide bei Berlin das Gründungstreffen des Neuen Forums statt. Am 19. September stellen die Gründungsmitglieder beim Ministerium des Innern und in 11 (von 15) Bezirksbehörden der DDR Anträge auf Zulassung des Neuen Forums. Zu diesem Zeitpunkt haben bereits 1.500 Menschen den Gründungsauftrag unterschrieben. Dies ist der erste offizielle Versuch, eine oppositionelle Partei in der DDR zu gründen.

Andere Gruppen melden sich, da eine legale Parteigründung für sie zu diesem Zeitpunkt noch nicht möglich ist, vorerst mit programmatischen Erklärungen zu Wort. Nachdem bereits im März 1989 die „Initiative Frieden und Menschenrechte“ einen Aufruf zu ihrer republikweiten Ausbreitung veröffentlicht, folgen ab dem August zahlreiche andere Gruppen diesem Beispiel. Im August ist es die „Initiative zur Gründung einer Sozialdemokratischen Partei“ (SDP), es folgen im September die linke Plattform „Vereinigte Linke“, die Bürgerbewegungen „Demokratie Jetzt“, im Oktober der „Demokratische Aufbruch“, die „Grüne Partei“, die „Grüne Liga“ und der „Unabhängige Frauen-Verband“.

b) Das „Neue Forum“ fordert ein Nachdenken darüber ein, wie die DDR zu einem lebenswerten und demokratischen Staat werden kann. Die Ausreise aus der DDR sieht es nicht als Lösung an. Vielmehr fordert es sowohl einen gesellschaftlichen Dialog als auch einen Austausch mit den SED-Machthabern. Dies sei nötig, weil die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft gestört und die politischen Verhältnisse erstarrt sind. Das „Neue Forum“ setzt sich nicht für eine Abschaffung der DDR ein. Eine kapitalistische Ellenbogen-Gesellschaft ist für diese Gruppierung keine erstrebenswerte Alternative.

Vielmehr geht es um gesellschaftliche und Reformen in der DDR, an denen sich alle Bürger beteiligen sollten.

(Zeitraumen ca. 30 min)

10. Um den friedlichen Verlauf der Veränderungen in der DDR weiter zu garantieren, werden nach polnischem Vorbild von verschiedenen Oppositionsgruppen Runde Tische gegründet. Der Zentrale Runde Tisch tagt zwischen dem 7. Dezember 1989 und den 12. März 1990 (siehe Revolution 89 > Formierung der Bürgerbewegung > Runde Tische).

a) Am Zentralen Runden Tisch treffen Vertreter der SED und der Blockparteien (CDU, LDPD, NDPD, DBD) sowie später auch des FDGB (SED-nahe Einheitsgewerkschaft) und des VdgB (Verein der gegenseitigen Bauernhilfe; einer SED-nahen Bauernorganisation) mit den sieben größten Oppositionsgruppen (SDP, Neues Forum, Initiative Frieden und Menschenrechte, Demokratie Jetzt, Grüne Partei, Demokratischer Aufbruch, Unabhängiger Frauenverband, Vereinigte Linke, später auch die Grüne Liga) zu Verhandlungen zusammen. Die Moderation wird u.a. von Repräsentanten der Evangelischen und der Katholischen Kirche übernommen.

b) Die Verhandlungen am Runden Tisch drehen sich vor allem um die grundlegende Demokratisierung der Gesellschaft, die Vorbereitung freier Wahlen, die Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit und die Ablösung der Alleinherrschaft der SED. Der Zentrale Runde Tisch kann durch seine Arbeit auf einige wesentliche Erfolge verweisen. Dazu gehören vor allem die schnelle Ermöglichung von freien Wahlen in der DDR und die Durchsetzung der Stasi-Auflösung. Nach den freien Wahlen am 18. März 1990 wird der Runde Tisch als Institution überflüssig. Die politischen Entscheidungen werden nun in der frei gewählten Volkskammer getroffen. Viele Oppositionsgruppen verlieren rasant an Einfluss. Die Macht liegt bei den reformierten Blockparteien und den Neugründungen, die mit ihren westlichen Partnerparteien zielstrebig die Wiedervereinigung vorbereiten.

c) Die vielen Jugendlichen, die bei den Aktionen der Straße wie Demonstrationen und Mahnwachen oft in der ersten Reihe stehen, sind am Zentralen Runden Tisch kaum noch vertreten. Die Verhandlungen mit der relativ alten Politikergarde um die Zukunft des Landes übernehmen die „Alten“ aus der Bürgerbewegung. Dadurch fühlen sich gerade jugendliche Oppositionelle nicht ausreichend bei der Arbeit des Runden Tisches repräsentiert. Es gibt nur wenige Ausnahmen, wie z.B. Michael Beleites (geb. 1964), der als Vertreter des Neuen Forums im Februar 1990 am Zentralen Runden Tisch teilnimmt. Für die Grüne Liga nimmt z.B. Matthias Voigt (geb. 1962), ein Aktivist der Umwelt-Bibliothek, am Runden Tisch teil.

(Zeitraumen ca. 45 min)

11. Während die politischen Veränderungen in der DDR unumkehrbar scheinen, gehen Gerüchte um, dass das Ministerium für Staatssicherheit die Spuren seiner verbrecherischen Arbeit beseitigen will.

a) Ab Anfang Dezember bilden sich in vielen Orten der DDR Bürgerkomitees, die in den meisten Fällen erfolgreich die Vernichtung der Stasi-Akten stoppen können, indem die Stasi-Verwaltungen besetzt werden. Die erste Besetzung einer Stasi-Bezirksverwaltung findet am Morgen des 4. Dezember in Erfurt statt. Mitglieder der Gruppe „Frauen für Veränderung“

beschließen angesichts des dicken Rauchs, der aus dem Schlot der Stasi-Bezirksverwaltung aufsteigt, etwas gegen die Aktenverbrennung zu unternehmen.

Almuth Falcke fährt mit ihrem Mann direkt zum Gebäude der Bezirksverwaltung Erfurt, um dort eine Ausfahrt zu versperren. Andere Mitglieder der Gruppen wollen in der Stadtverwaltung und der Staatsanwaltschaft Hilfe beim Stopp der Aktenvernichtung erreichen. Wieder andere versuchen weitere Bürger für die Besetzung der Stasi-Gebäude zu gewinnen. Mehrere Tausend Erfurter folgen dem Aufruf. Es gelingt nicht nur, die Vernichtung der Akten zu stoppen, sondern auch die Arbeit der Stasi-Verwaltung stillzulegen. Danach wird ein Bürgerkomitee gegründet, das die Sicherung der Aktenbestände übernimmt. Dem Erfurter Vorbild folgen die Bürger in anderen Städten der DDR. Auch die Leipziger Bezirksverwaltung der Staatssicherheit wird am 4. Dezember besetzt. Das Bürgerkomitee in Leipzig sichert die verbliebenen Aktenbestände und macht später die Bezirksverwaltung der Stasi zu einem Museum, in dem ab August 1990 Ausstellungen eindrucksvoll das perfide Überwachungssystem der Stasi darstellen. Die Berliner Stasi-Zentrale, Hauptsitz des Ministeriums für Staatssicherheit, wird erst am 15. Januar 1990 gestürmt. Zu diesem Zeitpunkt ist sie von der Stasi bereits fast leer geräumt.

b) Beide deutschen Regierungen planen, im Einigungsvertrag festzulegen, dass die Stasi-Akten für mindestens 30 Jahre geschlossen werden. Somit wäre eine Aufarbeitung der Verbrechen, die durch das Ministerium für Staatssicherheit begangen wurden, nicht möglich gewesen. Deswegen wird am 4. September 1990 die Stasi-Zentrale erneut besetzt, und es wird schließlich die dauerhafte Öffnung der Akten für Bürger und Journalisten erreicht.

(Zeitrahmen ca. 30 min)